

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 23. Dezember 1924

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 23. Dezember 1924
(Fortsetzung der Budgetdebatte)

Bürgermeister Seitz eröffnet um 10 Uhr vormittags die Sitzung.

St. R. Richter

St. R. Richter referiert über das Budget der Gruppe VII

(Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) und sagt, dass die Änderungen in den Ansätzen der einzelnen Positionen teils durch die Preissteigerungen teils durch die Beobachtungen der Ergebnisse des Budgetjahres 1924 begründet sind. Die Einnahmen im Feuerwehrlöschwesen sind mit 3.8 Milliarden eingesetzt und stammen aus den Feuerwachgebühren in den Theatern, Konzertsälen, bei Bällen und so weiter. Diese Gebühren wurden vor kurzer Zeit etwas erhöht um sie mit den Gehältern der Feuerwehrmannschaft in Einklang zu bringen. Die Ansätze im Budget 1925 sind daher auch höher als die im vorjährigen Budget. Die Betriebsausgaben der Feuerwehr betragen 49 Milliarden, sodass die Nettoausgaben 46.2 Milliarden erfordern. Auch im kommenden Jahre wird der Ausbau des Wiener Feuerwehrlöschwesens weiter geführt werden. Es werden nunmehr auch die Tierrettungswagen die bisher von Pferden gezogen wurden automobilisiert und ebenso die Wagen mit den Pflanzholzgeräten die bei Einsturz in Verwendung kommen. Da unser Feuerwehrlöschwesen immer auf das Modernste ausgestattet sein soll, so ist im Budget auch ein grösserer Betrag für drahtlose Telegraphie eingesetzt, so dass die Zentrale und die Hauptwache Mariahilf durch die Einrichtungen ihrer telefonischen und telegraphischen Stationen mit den Wagen selbst die auf der Fahrt sind, immer in ständiger Verbindung werden stehen und sie dirigieren oder zurückberufen werden können. Dadurch dürften bedeutende Ersparnisse erzielt werden. Vielleicht wird sich in späterer Zeit auch die Notwendigkeit ergeben andere Feuerwachen mit solchen drahtlosen Empfang- und Sendestationen auszustatten. Eine Reform in die natürlich auch die Feuerlöschzüge einbezogen werden müssten. Aber da bei allen grösseren Unglücksfällen die beiden Zentren am Hof und Mariahilf auszurücken berufen sind genügt ihre Ausstattung vorläufig. Eine weitere Verbesserung des Feuerlöschdienstes wird darin bestehen, dass einige alte und unzulässige Wachen aufgelassen werden und im Rahmen des Wohnbauprogrammes der Gemeinde für die Unterkunft neuer Wachen Sorge getragen wird. Hand in Hand damit geht auch eine Reform der freiwilligen Feuerwehr. Im kommenden Jahre werden einige freiwillige Feuerwehren zusammengelegt, dadurch wird ihre Zahl verringert werden, da es unrationell ist 45 freiwillige Feuerwehren in Wien bestehen zu lassen, von denen einige nur zweimal bis dreimal im Jahre, andere höchstens zehn bis zwölfmal ausrücken, wodurch natürlich auch ihre Schlagfertigkeit und Allarmbereitschaft leidet. Die freiwilligen Feuerwehren sollen auch wie dies in Floridsdorf bereits der Fall war, zu gemischten Wachen umgestaltet werden indem man ihnen Berufsfeuerwehren beigibt. Bezüglich der Budgetpost Volksbildung und Körpersport ist zu sagen dass die Volksbibliothek in der Villa Wertheimstein modernisiert und dass hier das Entlehnsystem

nach den in Deutschland allgemein eingeführten System Hoffmann auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Es soll eine wirkliche Lesberatung eingeführt und die Möglichkeit geboten werden, dass die Leute

nicht bloss hilflos mit Büchern ausgestattet, sondern ihnen Bücher in die Hand gibt die sie wirklich verstehen. Gleichzeitig wird auch ein neuer Katalog angelegt werden, da der alte bereits vergriffen ist. Die Kunstpreise erscheinen diesmal im Budget mit 90 Millionen Kronen angeführt, während im vorjährigen Budget als ihre Verleihung zum erstenmale erfolgte 180 Millionen für diesen Zweck eingesetzt wurden. Im Vorjahre galt es eine Reihe von Ehrungen verdienten

Schriftstellern, Musikern und Künstlern, die eine Ehre schon seit langem verdienten bekannt zu machen. Für die Richtigstellung der Wählerlisten sind 2.1 Milliarden eingesetzt. Die Wahlordnung für den Nationalrat bestimmt, dass der Bürgermeister verpflichtet ist alljährlich nach dem Stande der Bevölkerung am 1. Jänner eine neue Wählerliste anzulegen, die am 1. Februar zur Reklamation gelangt. Im Vorigen Jahre konnte man die alten Wählerlisten vom Jahre 1923 noch ergänzen, jetzt ist dies nicht mehr möglich weil zu diesen Wählerlisten schon

vier Nachträge bestehen und wenn es zur Wahl kommen sollte, eine Wählerliste mit sechs Nachträgen unbrauchbar ist. Es wird also am 2. Jänner eine Begehung der Häuser stattfinden und an der Hand der Wähleranlageblätter die Wählerliste vollständig neu angelegt werden. Die neuen Wählerlisten werden ordnungsgemäss am 1. Februar zur Reklamation aufliegen. Für die städtischen Sammlungen ist ein höherer Betrag eingesetzt als im Jahre 1924, da wir damit rechnen müssen, dass mehr gekauft werden kann als im Vorjahre gekauft wurde. Für das Uhrenmuseum sind 35 Millionen präliminiert über deren Verausgabung heute noch nichts gesagt werden kann, da es ja nicht allzu viele Objekte gibt, die gekauft werden können, aber wenn sie da sind gekauft werden müssen. Der Redner schloss mit der Bitte, das Budgetkapitel in der vorgelegten Form anzunehmen.

G.R. Binder (chr. soz.) beschäftigt sich zunächst mit den Wählerlisten und meint, die für das Jahr 1925 eingesetzte Summe hätte erspart werden können, wenn die früheren Wählerlisten richtig angelegt worden wären. Er bemängelt dass die Ankündigung der Häuserbegehung für die Anlegung der Wählerlisten bis jetzt noch nicht publiziert wurde.

Zweiter Bogen

Auf der Landstrasse wurden vierzehn Tage vor der Wahl von den 4 Wahlsprengeln nicht weniger als 32 aufgelassen. Das hat dazu geführt, dass am Wahltag hunderte von Wählern nicht wählen konnten. Darunter sind auch viele Leute Ihrer Parteirichtung gewesen. Es ist auch zu kritisieren, dass man eine so grosse Zahl von Wahlsprengel in einem Lokal vereinigt und die Leute dort zusammengepfarrt werden. Nach dem neuen Gesetz ist es Pflicht der Gemeinde die Wählerliste anzulegen und wenn Sie das nicht treffen, dann gibt es ja eine Stelle, die das sehr gut machen könnte, nämlich die Polizei.

G.R. Beisser (Sozialdemokrat): Würden Sie der Polizei diese Arbeit auch dann übertragen, wenn sie eine Polizei der Gemeinde wäre?

G.R. Binder: Ich weiss nicht, warum Sie sich vor der Polizei fürchten. Wir verlangen auch, dass wieder die Namen der Leute, die in den Heimatsverband aufgenommen werden, im Amtsblatt veröffentlicht werden. Sie haben im Voranschlag eine Milliarde für die Förderung von Kunst und Sport eingesetzt. Ein lächerlich geringer Betrag, wenn man bedenkt, dass Sie aus der Lustbarkeitssteuer 120 Milliarden schöpfen. Seinerzeit wurde beschlossen, dass ein bestimmter Prozentsatz aus dem Erträgnis der Lustbarkeitssteuer für Zwecke der Kunst- und Sportförderung verwendet werden soll. Von diesem Beschluss hört man jetzt nichts mehr. Die geringe Unterstützung der Kunst durch die Gemeinde hat zur Folge, dass sich die Angestellten und Arbeiter keine ordentliche Theatervorstellung leisten können und ins Kino gehen. Wir stellen keine Anträge, weil dies zwecklos ist, erklären aber, dass wir für diesen Voranschlag nicht stimmen, da wir zu Ihrer Verwaltung kein Vertrauen haben. (Beifall)

G.R. Stöger (chr. soz.) kritisiert die Anlage der Wählerlisten, verweist auf deren Mängel und stellt den Antrag, es seien alljährlich die Wahlziffern zu veröffentlichen, insbesondere ist die Zahl der Reklamationen und deren Erledigung nach Bezirken getrennt bekanntzugeben.

G.R. Beisser (soz. dem.) entgegnet den Vorrednern auf deren Bemerkungen über die Subvention für Kunstzwecke, dass die Gemeinde damit vorwiegend den Zweck verfolge, in den Theatern wirklich wertvolle Darbietungen zu erzielen. Deswegen werden nicht an die Theaterdirektoren die Unterstützungen gegeben, sondern an die Organisationen der Theaterbesucher, die in den verschiedenen Kunststellen sich zusammengeschlossen haben. Das sei das Wichtigste bei Subventionierung der Kunst und nicht die Höhe der Summe. Die Verteilung wird durch die Vertreter der einzelnen Organisationen ohne jede parteipolitische Nebenabsicht vorgenommen. Wir wollen auf diese Weise die Theaterbesucher erziehen. Die Theater selbst werden wir nicht subventionieren ohne einen entsprechenden Einfluss auf ihre Leitung zu besitzen. Redner bespricht nun den Mangel einer Förderung des Körpersportes durch die frühere Gemeindeverwaltung und erinnert daran, dass er vor drei Jahren den Musikunterricht in den Schulen beantragt habe. Die Gemeindeverwaltung habe diesen Antrag durchgeführt und es gibt nun in Wien 22 Schulen für Violinunterricht mit 60 Abteilungen in denen 991 Schüler unterrichtet werden. Bei der s. einerzeitigen Besprechung seines Antrages sei die Befürchtung laut geworden, dass damit den privaten Musiklehrern eine Schädigung zugefügt werde. An der Hand von Ziffern kann festgestellt werden, dass diese Befürchtung unrichtig war. Gerade in den bürgerlichen Bezirken wie im VII, IX und XVIII. wurde bis jetzt an den Schulen ein solcher Musikunterricht nicht verlangt, ein Beweis, dass das Bürgertum noch immer die Möglichkeit hat seine Kinder in Musik unterrichten zu lassen, während die Arbeiterkinder nicht zu Privatlehrern geschickt werden können und ohne die Unterstützung der Gemeinde ohne Musikunterricht blieben. (Beifall)

G.R. Doppler (chr. soz.) konstatiert in einer Polemik mit dem Vordredner, dass die christlichen Organisationen zu allen Zeiten Einrichtungen hatten um den Körpersport zu pflegen. Der Vordredner habe auch die Veranstaltung der Musik- und Theaterwoche als eine Förderung der Kunstpflege bezeichnet. Darüber möge lieber nicht gesprochen werden, das sei ein schwarzer Punkt in der Verwaltung der Gemeinde. Die Gemeinde unterstütze gewisse Theater mit denen die bodenständige Bevölkerung gar nichts zu tun hat, man erinnere sich nur was bei der Aufführung des „Reigen“ getrieben wurde.

G.R. Beisser: Haben wir den aufgeführt oder die Aufführungen gefördert?

G.R. Doppler: Sie haben dafür gesorgt, dass die Aufführungen möglich geworden sind. Redner beklagt, dass die Gemeinde Vereine die Subventionen verlangen zwingt, sich in Vereine und Verbände hineinzuorganisieren die der Gesinnung der Gemeindeverwaltung, aber nicht ihrer eigenen Gesinnung entsprechen.

G.R. Beisser: Das ist eine bewusste Unwahrheit.

G.R. Doppler: Wenn Sie das sagen, so sind Sie in meinen Augen als anständiger Mensch gerichtet! Das ist eine Frechheit, eine Gemeinheit (Lebhafte Unruhe). Redner führt nun über die Amtsblätter Beschwerde, die nach der Abschaffung des stenographischen Protokolls für die Gemeinderäte sehr wichtig sind, aber über die Sitzungen nur spät und sehr mangelhaft berichten. Redner wünscht ferner, dass auch die Verordnungsblätter wie früher den Gemeinderäten zugesendet werde und kommt nunmehr auf die Verhältnisse in der Feuerwehr zu sprechen. So gäbe es in der Feuerwehrzentrale einen Fernzug für den immer 14 Fahrer bereit gehalten werden und der vielleicht einmal im Jahre ausfährt. Während der übrigen Zeit hat er nichts zu tun. Freilich befindet sich unter diesen 14 Fahrern, der Obmann des Betriebsrates. Redner befürchtet, dass die Durchsetzung der freiwilligen Feuerwehren mit Berufsfeuerwehren politischen Zwecken dienen soll und warnt davor, den politischen Zwist in die Feuerwehr einzutragen (Beifall bei den Parteigenossen).

St.R. Richter erklärt in seinem Schlussworte er sei mit der Opposition vollkommen eines Sinnes, wenn sie die Aufgabe von 2½ Milliarden für die Anlagen der Wählerlisten als hinausgeworfenes Geld bezeichnet, aber der Gemeinderat hat die Wahlordnung zum Nationalrat nicht gemacht und ist leider vom Gesichtspunkte eines Dorfbürgermeisters verfasst, dem es keine Schwierigkeiten bereitet seine paar hundert Wähler am 1. Jänner zusammenzustellen und die Reklamation für 14 Tage festzusetzen. Die Wahlordnung hat ganz vergessen, dass grossen Gemeinden wie Wien durch ihre Bestimmungen eine Arbeitslast aufgebürdet wird, die nur unter ungeheuren Geldaufwand zu bewältigen ist. Dass wir mehr Sprengel in ein Kokal geben geschähe nur aus Oekonomie, die auch den Christlichsozialen angenehm ist, weil sie nicht so viel Kräfte aufbieten müssen. Die Evidenz der Verstorbenen und Abgestraften halten wir selber, täten wir es nicht, dann wäre das Ergebnis der Reklamationen noch ungünstiger. Wir hatten insgesamt 5.059 Reklamationen und man muss zugeben, dass das bei der grossen Masse der Wähler eine verschwindend kleine Zahl ist. Bei der letzten Reichsratswahl im Jahre 1911 gab es 42-800 Reklamationen, während wir im Jahre 1920 bei einer mehr als doppelt so grossen Wählerzahl nur 29.000 Reklamationen hatten. Diese beiden Ziffern sprechen wohl für sich selbst. Die Reklamationsziffern habe ich dem Gemeinderate immer bekanntgegeben, dass ist wohl auch „Oeffentlichkeit“ die Verlautbarung im Amtsblatt ist aus Ersparungsgründen unterblieben und meines Erachtens auch von wenig praktischer Bedeutung, denn erfahrungsgemäss lesen

nicht einmal die Mitglieder des Gemeinderates das Amtsblatt, weil sie ja keine Zeit dazu haben. Alle Namen zu veröffentlichen, hätte gar keinen Zweck, das Amtsblatt würde dann wie der Lehmann aussehen und sich wahrscheinlich kein Mensch darin zurechtfinden. Eine Gemeindeverwaltung die 900 Milliarden Defizit aufweist hat alle Ursache zu sparen und überflüssige Ausgaben, wie sie solche Verlautbarungen mit sich bringen, zu vermeiden. Bezüglich der früheren Herstellung der Ausschussprotokolle werde ich eine entsprechende Aufforderung an die einzelnen Schriftführer richten und wegen der Beschleunigung der Veröffentlichungen mit dem Schriftleiter des Amtsblattes Rücksprache pflegen. Dasselbe gilt für die Verordnungsblätter.

Zu den Klagen über unsere Berufsfeuerwehr bemerke ich, dass wir viel mehr Fahrer als Geräte haben. Auf den Dienst warten nur die Leute in der ersten Bereitschaft, aber auch sie sind nicht während dieser Zeit untätig, denn es werden Kurse abgehalten. Die zweite Bereitschaft macht alle möglichen Arbeiten die mit dem Dienst zusammenhängen, sie ist voll beschäftigt. Es ist nicht richtig, dass auch nur ein Fahrer auf dem Fernzug sitzt und wartet. Früher haben die Fahrer bei Bränden nicht mitgearbeitet, das ist nun abgeschafft, heute müssen sie sich auch betätigen. Einzelnen Fahrern mag das vielleicht nicht passen. Wir bemühen uns, die Arbeit zu intensivieren und deshalb in diesem Zusammenhange ein ziemlich starker Abbau bei der Feuerwehr erfolgt. Gegen den Kommandanten Holler hat gewiss noch nie jemand etwas einzuwenden gehabt, er ist unser bester Offizier. Bezüglich der freiwilligen Feuerwehr ist zu sagen, dass sich darunter welche befinden, die nur dreimal im Jahre ausrücken und keine freiwillige Feuerwehr kommt über 60 Ausrückungen im Jahre hinaus. Da ist es doch nur ökonomisch gehandelt, wenn wir das Bestreben haben zu konzentrieren. Die freiwilligen Feuerwehren sehen das vielfach selbst ein und bei der Delegiertenkonferenz haben die Vertreter der freiwilligen Feuerwehr Floridsdorf freimütig erklärt, dass sie sehr gerne mit der Berufsfeuerwehr zusammenarbeiten. Für die friedliche Durchdringung bin ich nicht, wohl aber für das friedliche Einvernehmen, es wird mit den freiwilligen Feuerwehren verhandelt und hierbei sicher eine Form gefunden werden, die eine günstige Lösung darstellt. Die Angriffe gegen den Herrn Klemisch sind ungerechtfertigt, man hat diesen Mann viel zu verdanken, sein Dienst ist aber nicht um ein Grad leichter als der jedes Oberfahrers und daneben hat er noch den Vorteil, von eigenen Kollegen angegriffen zu werden.

Es ist nun die Spezialdebatte über die Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten erledigt und der Voranschlag wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Ueber den Voranschlag der Gruppe für die

Städtischen Unternehmungen

und zugleich über die Rechnungsabschlüsse aller städtischen Unternehmungen für das Jahr 1923, spricht Vizebürgermeister Emmerling als amtsführender Stadtrat dieser Verwaltungsgruppe.

Vizebürgermeister Emmerling: Die Unternehmungen der Gemeinde Wien haben das Jahr 1923 günstig abgeschlossen. Insgesamt betragen die Überschüsse 26 Milliarden Kronen. Es wurde darüber in der Oeffentlichkeit viel gesprochen, wenn man aber diesen Betrag auf die einzelne Strassenbahnfahrkarte, auf die Hektowattstunde Lichtstrom und auf den Kubikmeter Gas aufteilt, dann ergibt sich, dass die städtischen Tarife nicht die geringste Erhöhung trotz dieses Überschusses erfahren haben. Im Jahre 1923 haben wir alle Unternehmungen ausgebaut. Die Zahl der Gasmesser wurde um rund 17.000 vermehrt. Die Zahl der öffentlichen Gasflammen ist von 18.900 auf 24.000 gestiegen. Sehr gut bewährt haben sich die automatischen Zünduhren, von denen gegenwärtig 14.312 verwendet werden.

Die städtischen Elektrizitätswerke haben im Jahre 1923 rund 80.000 Zähler neu montiert. Die Zahl der pauschalierten Anlagen, die viel Grund zu Klagen gaben, wurden von 24.000 auf 7000 vermindert sind gegenwärtig ganz verschwunden. Im Jahre 1923 wurden zehntausend Mietinstallationen ausgeführt. Trotz der gewaltigen Zunahme der Konsumenten gegenüber dem Jahre 1922 ist eine wesentliche Steigerung des Verbrauchs nicht erfolgt, da die Wirtschaftskrise unsere Industrie stark einschränkte. Das Bestreben immer mehr von der ausländischen Kohle unabhängig zu werden, führte zu einem bedeutenden Ausbau des Zillingsdorfer Bergbaues. Im Jahre 1923 wurden fast dreihunderttausend Meterzentner Kohle mehr gewonnen, als im Jahre 1922. Bereits mehr als ein Drittel der erzeugten Energie stammt aus den Zillingsdorfer Braunkohlenwerken, also aus heimischer Kohle.

Eine wesentliche Verbesserung des Betriebes wurde auch bei den Strassenbahnen durchgeführt. Die Länge der Gleise wurde ^{durch} die Errichtung von drei neuen Linien (Freudenau, Stammersdorf und Inzersdorf) um rund 18 Kilometer vermehrt. Es wurden im Berichtsjahr 52 neue Wägen gebaut und eine Reihe alter Wägen umgebaut. Dadurch ist die Zahl der Plätze um 2400 vermehrt worden. Die Zahl der Fahrgäste ist von 440 auf 458 Millionen gestiegen.

Das Lagerhaus litt stark unter der Wirtschaftskrise. Immerhin konnte der Umsatz um rund 100.000 Meterzentner gesteigert werden und es hat sich der Warenwert von 971 Millionen auf 1129 Millionen Kronen erhöht, wobei allerdings die Entwertung des Geldes zu berücksichtigen ist.

Die städtischen Leichenbestattung hat im Jahre 1923 nicht ungünstig abgeschnitten. Es wurden 13.342 Bestattungen gegenüber 12.650 im Jahre 1922 durchgeführt. Wir haben im Berichtsjahre keine einzige Spitalsleiche bestattet, eine Folge des gesetzwidrigen Vertrags, den das Ministerium für soziale Verwaltung mit einer Privatfirma abgeschlossen hat. Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt, da die Firma keine Konzession hat. Es muss die gerichtliche Entscheidung abgewartet werden.

Unser Brauhaus ist bereits an die zweite Stelle gerückt und wies für das Jahr 1923 einen Überschuss von 5.2 Milliarden Kronen aus.

Der kleinste Gemeindebetrieb, die städtische Ankündigungsanstalt, verzeichnet bei einem Umsatz von 10.7 Milliarden Kronen, einen Überschuss von 205 Millionen Kronen.

Mit Ausnahme der beiden letztgenannten Unternehmungen, verbleiben alle Überschüsse bei den Betrieben und dienen dazu technische Verbesserungen durchzuführen, wodurch wieder die Tarife billiger gehalten werden können.

In der Öffentlichkeit ist auch viel über die Vorauszahlungen für Gas und Strom geschimpft worden. Auch die Höhe dieser Vorauszahlungen ist wiederholt unrichtig mitgeteilt worden. Tatsächlich sind beim Gaswerk 24 und beim Elektrizitätswerk 28 Milliarden Kronen vorausgezahlt worden. Wir können diese Summen nicht zurückzahlen und wenn die Konsumenten ernst darüber nachdenken, so werden sie uns recht geben.

Gas- und Elektrizitätswerk führen eine Vorratswirtschaft, was unbedingt notwendig ist, wenn nicht die Lieferung von Gas und Strom allen Zufälligkeiten ausgesetzt sein soll. So hat sich niemand darüber Gedanken gemacht, wenn die Eisenbahnen streiken oder in den Kohlenrevieren Differenzen ausbrechen, ob diese beiden grossen städtischen Werke genügend Vorrat haben, um keine Unterbrechung in der Lieferung von Gas und Strom eintreten lassen zu müssen. Wir haben solche Streiks in der letzten Zeit gehabt, aber unser Vorräte haben bewirkt, dass keinerlei Folgen für die Volkswirtschaft und das Leben der Millionenstadt eingetreten sind, obwohl die Kohlenzuschüsse gänzlich ausblieben. Zu dieser Vorratswirtschaft gehören Mittel, die sicherlich auch zu beschaffen wären, aber zu einem hohen Zinsfuss, der schliesslich wieder

nur auf die Konsumenten fallen würde. Daher ist auch eine Verzinsung der Vorauszahlungen für die Abnehmer nur von Nachteil und würde noch dazu die Berechnung, da es sich um mehr als sechshunderttausend Konten handelt, derart viel Kosten verursachen, dass die Gas- und Strompreise nur nachteilig beeinflusst werden würden. Sowohl Zinsen, als auch Verwaltungsspesen müssten sich in der Form höherer Tarife auswirken. Die beiden Werke haben übrigens von der Vorauszahlung nur bei der Zahlung der Rechnung den gesamten vorausgezählten Betrag, jeder neue Tag, an dem konsumiert wird, verringert die Vorauszahlung, weil ja nur monatlich und ~~ein~~ sechswöchentlich in Nachhinein Rechnung gelegt wird.

Schliesslich möchte ich sagen, dass die Lage der städtischen Unternehmungen im Jahre 1924 keineswegs günstig ist. Wir haben eine Steigerung aller Ausgaben, während bekanntlich die Tarife unverändert blieben. Bei der Strassenbahn ist bereits ein namhafter Abgang zu verzeichnen, der auch durch die letzte Erhöhung des Tarifs nicht ganz wettgemacht werden wird.

Indem ich Sie ersuche den Abschlüssen zuzustimmen, will ich einleitend zu dem Voranschlag für das Jahr 1925 sagen, dass die errechneten Überschüsse von einer Milliarde beim Gaswerk und von 3.3 Milliarden Kronen beim Elektrizitätswerk natürlich nicht feststehen, weil die beiden Unternehmungen stark von der wirtschaftlichen Lage abhängig sind. Auch der Abgang bei der Strassenbahn, der mit 11.7 Milliarden Kronen eingesetzt ist, wurde auf ^{November} Grund der Zahlen 1924 ermittelt. Eine Änderung der Verhältnisse kann auch da Veränderung bringen.

Die Herabsetzung des Preises für den Kraftstrom ist von der Neuen Freien Presse als unbedeutend bezeichnet worden. Die Industrie denkt aber sicherlich anders und wird daraufkommen, dass dieser Nachlass von 12.5 Prozent sehr viel zu bedeuten hat. Freilich für einen Betrieb, der nur ein paar Stunden elektrischen Kraftstrom braucht, wird sich die Ermässigung nicht besonders auswirken, aber für unsere grossen Industriebetriebe haben wir berechnet, dass die Ersparung 280 Millionen und bei einigen Unternehmungen bis zu einer Milliarde im Jahr ausmacht. Es ist also ein bedeutendes Entgegenkommen, dass die Gemeinde da der Wiener Industrie ^{bezeugt} und es sind 30 Milliarden Kronen gerechnet nach dem gegenwärtigen Kraftstromverbrauch, auf die die Unternehmung verzichten. Wenn man bedenkt, dass die

Elektrizitätswerke zusammen für das Jahr 1925 nur einen Überschuss von 3.3 Milliarden Kronen präliminieren, so kann man wohl ersehen, wie gross das Entgegenkommen ist, dass wir der Industrie bringen.

Im Jahre 1925 ist auch die Investitionstätigkeit der Gemeinde sehr umfangreich. Sowohl die Strassenbahn, als auch die Gas- und Elektrizitätswerke verbessern ihren Betrieb und soll vor allem der Bau von achtzig neuen Triebwagen erwähnt werden. Für Gleisarbeiten sind allein 54 Milliarden eingesetzt und die gesamten Erneuerungsausgaben der Strassenbahn stellen sich auf 227 Milliarden Kronen.

Die Stadtbahn wird termingemäss elektrifiziert sein. Wenn man auf der Strecke so wenig von den Arbeiten sieht, so hat dies darin seinen Grund, dass wir diese Arbeiten, die kaum vier bis fünf Wochen in Anspruch nehmen werden, bis zuletzt aufheben und jetzt die wichtigen Bauten durchführen. Es ist die ein Gebot gesunder Wirtschaft und von diesem Gesichtspunkt ist ja auch der Voranschlag aufgestellt worden. (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Weigl schliesst nun um 1 Uhr mittags die Sitzung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 23. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T als L A N D T A G
Sitzung vom 23. Dezember 1924.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung und hält den seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitgliedern Amalia Pölzer und Anton David folgenden Nachruf, der von den Anwesenden stehend angehört wird:

Der Gemeinderat der Stadt Wien als Landtag hat in der letzten ^{Zeit} zwei schwere Verluste zu beklagen. Frau Amalia Pölzer und Gemeinderat Anton David sind in den letzten Tagen gestorben. Beide gehörten dem Wiener Landtag seit seinem Bestehen an. Es ist bereits im Gemeinderate der ausserordentlichen Wirksamkeit und der hohen Verdienste gedacht worden. Ich habe daher an dieser Stelle nur der Versicherung Ausdruck zu geben, dass wir den Verblichenen die zu den hervorragendsten Mitgliedern unserer Körperschaft gehörten, stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Der Gemeinderat als Landtag geht nunmehr zur Tagesordnung über. Die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung einer Grundsteuer ^{beinhaltet nichts} er des Landes Wien ^{anderes} als dass jenes Ausmass von Grundsteuern die im Jahre 1924 eingehoben wurden auch im Jahre 1925 und in den folgenden Jahren eingehoben werden sollen solange nicht durch einengesonderten Gesetzesbeschluss eine diesbezügliche Aenderung eintritt. Diese Vorlage wird auf Antrag des Referenten Breitner debattelos in erster und zweiter Lesung angenommen. Eben so wird die Gesetzesvorlage betreffend das Lehrer- Altpensionistengesetz auf Antrag des Abgeordneten Täubler, gleichfalls debattelos in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung einer Hundesteuer begründet der Berichterstatter Breitner, indem er erklärt, Es wurde auch die Anrängung gegeben eine Verminderung der Hundezahl insbesondere durch eine Staffelung der Steuer zu erzielen und es wurden Erhebungen nach dieser Richtung hin gezogen. Es hat sich aber dabei gezeigt, dass mit der Staffelung nichts bemerkenswertes erreicht werden könnte. Tatsächlich ist die Zahl der Hunde in Wien von 40.000 auf 86.000 gestiegen. Dies birgt auch sicherlich vom sanitären Standpunkte aus eine Menge Gefahren in sich. Die jetzt vorgeschlagene Steuer soll keine prohibitive Wirkung haben. Sie beträgt 100.000 Kronen also 7 Goldkronen gegenüber 8 Goldkronen im Frieden. Natürlich sind auch im neuen Gesetze die Möglichkeiten aufgenommen worden, dass Blinden oder besonders bedürftigen Personen die von Tierschutzverein eine entsprechende Anweisung erhalten die Abgabe ermässigt oder gar nachgelassen wird.

Abg. Angeli (chr-soz-) wünscht, dass den Hundebesitzern die in den Vororten und an der Peripherie unserer Stadt kleine Häuschen besitzen und die Hunde für den Schutz benötigen, bei der Hundesteuer besonders berücksichtigt werden.

Abg. Breitner spricht sich gegen den Antrag aus, da er die Manipulation bei der Hundesteuer ausserordentlich erschweren würde. Wenn man den Begriff des Wachhundes einführt, so bedürfte dies eine Fülle von Erhebungen und ausserdem gibt es auch in den Hochhäusern Personen wie alleinstehende Frauen und Kranke, die den Hund für ihren Schutz benötigen.

Hierauf wird auch diese Vorlage in erster und zweiter Lesung ^{um halb 5} angenommen. Der Vorsitzende schliesst die Sitzung.

HAUPTHAUSEKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 23. Dezember 1924. Dritte Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Dezember 1924
(Fortsetzung der Budgetdebatte)

Vizebürgermeister Hoss eröffnet unmittelbar nach Schluss der Sitzung des Landtages die Gemeinderatssitzung. Es wird sofort die Debatte über die Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen begonnen.

G.R. Rotter (chr. soz.) erklärt, den Ziffern im Voranschlag der städtischen Unternehmungen mit Misstrauen gegenüber zu stehen. Vielleicht seien darin auch Steuerschiebungen verschleiert, was umso merkwürdiger berühre, wenn man daran denke mit welcher drakonischen Strenge Breitner gegen die Gewerbetreibenden vorgehe, die aus Zeitmangel oder sonstwie unabsichtlich sich auf dem Gebiete der Steuerdeklarationen etwas zu schulden kommen lassen. Redner wundert sich, dass die Personallasten um 50 Prozent höher angesetzt sind als im vorigen Jahre, spricht dann über die Vorauszahlungen die 62 Milliarden ausmachen und ungerechtfertigt zurückgehalten werden. Die Anleihen die seinerzeit für die Unternehmungen aufgenommen wurden werden gleichfalls in Papierkronen zurückgezahlt, wobei doch Parteigenossen der Majorität an den Kleinrentnerversammlungen teilnehmen. Was die Posten für Bauten und Investitionen betrifft, so sei es ein Irrtum zu sagen, dass diese Gelder der Volkswirtschaft zugute kommen. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung bräute sich immer damit, dass sie bei den Unternehmungen nur die Selbstkästen einhebe. Wie die einlaufenden Gelder budgetiert werden sei der Bevölkerung gleichgültig die die Tarifpolitik der Gemeinde für Augenauswischerei halte. Redner bezeichnet es als sehr merkwürdig, dass der Koks aus den städtischen Gaswerken in das Ausland zu billigerem Preise verkauft werde wie im Inland. Die Qualität des Gases habe sich bedeutend verschlechtert und infolgedessen auch seine Heizstärke und Leuchtkraft. Die elektrische Strassenbeleuchtung sei wohl verbessert worden, aber noch lange nicht auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht. Ueber die Ausgestaltung des Zillingdorfer-Braunkohlenwerkes ist im Budget merkwürdiger Weise nichts vorgesehen. Von der versprochenen Verkehrsverbesserung auf den Strassenbahnen merke man gar nichts, eher eine Verschlechterung insbesondere auf dem Kai trotz Eröffnung der neuen Linien und in der Alserstrasse, in der die Instraßenführung der nach verschiedenen Richtungen gehenden Wagen augenscheinlich fehlerhaft sei, denn es fähen immer drei bis vier Wagenzüge hintereinander und dann treten ungebührlich lange Pausen ein. Zur Entlastung des Verkehrs wäre die Herstellung einer neuen Linie vom Börseplatz über den Salzgraben zur Marienbrücke empfehlenswert. Die Häufung der Betriebsunfälle sei vermutlich auf die Überbelastung des Personales zurückzuführen. Schliesslich beschäftigt sich der Redner mit dem Lagerhäusern der Stadt Wien, die einst europäischen Ruf hatten und jetzt im Niedergang begriffen seien. Die Ursache dieser Krise liege teils in äusseren Umständen teils sei die Krise selbst verschuldet, denn die herrschende Partei habe den tüchtigen Lagerhausdirektor Nubl zwangsweise pensioniert. Die fehlerhafte Tarifpolitik habe es bewirkt, dass die Geschäftswelt das Lagerhaus nicht mehr beanspruche und das Pressburger Lagerhaus mit seinen billigeren Tarifen werde jetzt vielfach bevorzugt. Man werde sich entschliessen müssen, die Tarife zu ermässigen, auch

zu anderen wichtigen organisatorischen Reformen. Nachdem Redner noch über das Stadtbräuhaus und die städtische Leichenbestattung kurz gesprochen und einzelne Ziffern kritisiert hatte, erklärt er, aus dem vorgebrachten Bedenken ausser Stande zu sein für diese Budgetposten zu stimmen.

G.R. Scholz (chr. soz.) beschäftigt sich gleichfalls mit den Gas- und Elektrizitätswerken und stellt schliesslich den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen, den Preis des Lichtstromes für Haus- und Stiegenbeleuchtung um 12.5 Prozent zu ermässigen. Mit der Annahme dieses Antrages würde die Mehrheit beweisen, dass sie der Bevölkerung Wiens wirklich entgegenkommen will.

G.R. Lehninger (chr. soz.) bespricht die Neuaufnahmen von Personal an Strassenbahn, die nach parteipolitischen Grundsätzen erfolgt. Wer sich nicht mit dem Organisationsbuch ausweisen könne, habe keine Aussicht auf Anstellung. Wenn die Mehrheit sich immer wieder auf den Kollektivvertrag ausrede, so müsse sie eben trachten die betreffenden einschränkenden Bestimmungen einer Aenderung zuzuführen. Redner ersucht den Referenten, seinen Einfluss dahingehend zu machen, dass christlichsoziale Strassenbahner bei der Einstellung der freien Tage nicht schlechter behandelt werden als Sozialdemokraten. Es sei auch rücksichtslos Christliche Bedienstete die man los werden will, vor Abschluss des zehnten Dienstjahres auf sehr anfechtbare ärztliche Befunde einfach zu entlassen wodurch sie ihrer Pensionsansprüche verlustig werden. Es wäre auch an der Zeit, dass die Dienstordnung aus dem Jahre 1920 abgeändert werde, um die Zusammensetzung der Disziplinarkommission und der Personalvertretung gerecht zu gestalten.

G.R. Binder (chr. soz.) beklagt die Ueberfüllung der Strassenbahnen und wünscht, die Einführung kürzerer Strecken zwischen den Haltestellen. Redner schliesst mit verschiedenen Wünschen der Landstrasser Bevölkerung.

G.R. Stein (soz. dem.) findet, dass die Kritik am Rechnungsabschluss und am Voranschlag der städtischen Unternehmungen nur getragen sei von kleinlichen Klagen persönlicher Art und untergeordneter Bedeutung, währendes in Wirklichkeit um grosse und bedeutungsvolle Fragen geht. Man spricht von Kommerzialisierung der öffentlichen Unternehmungen weil man hofft, damit der Privatwirtschaft die Wege ebnen zu können. In den Unternehmerorganisationen hat neulich ein Redner davon gesprochen, dass die Aufgaben in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften eingeeignet werden müssen, das heisst, dass so gewirtschaftet werden müsse, wie es früher einmal der Fall war als die Berechtigten und notwendigen Wünsche der arbeitenden Menschen keine Beachtung fanden. Ein anderer Ausspruch war: Wir mögen uns zu anderen wirtschaftlichen Anschauungen bekehren. Die Sozialdemokraten werden für den Rechnungsabschluss und den Voranschlag mit Freude stimmen weil in beiden das Bekenntnis zu einer Art der Bewirtschaftung gelegen ist, die mit solchen Anschauungen nichts zu tun haben will und weil darin ein grosses Stück Zuversicht für die neue Ordnung der wirtschaftlichen Dinge. Nicht bloss im Leben der Gemeinde sondern im allgemeinen steckt. Die Zeit der Auseinandersetzung zwischen der kapitalistischen und der proletarischen Welt hat ihren Niederschlag bei uns gefunden. Gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise die Unternehmungen auf solcher Höhe zu erhalten ist eine Leistung, die ganz andere als kleinliche untergeordnete Kritik verdient. Die Führung der Gemeindeunternehmungen ist eine Leis-

tung die Vizebürgermeister Emmerling mit seiner unermüdlichen
Tatkraft getragen von der sozialistischen Ueberzeugung, die die
Mehrheit dieses Hauses teilt unterstützt von einem vorzüglichen
Generalstab
von Direktoren und von einer ausgezeichneten Angestellten-
und Arbeiterschaft zu Stande gebracht hat und die es wohl ver-
dient in der Geschichte dieser Stadt verzeichnet zu werden
und auf die arbeitenden Menschen dieser Stadt stolz sein dür-
fen und stolz sind. Die doppelte Aufgabe die aus der Wirt-
schaftskrise für jeden Unternehmer entstanden sind war natürlich
auch für die Gemeindeunternehmungen nicht geringer, es galt eine
wirtschaftliche und eine geistige Krisis zu überwinden. Die wirt-
schaftliche Krise trachtet man durch die Sanierung zu meistern.
Auch in den Unternehmungen wurde saniert, aber mit anderen Me-
thoden. Vizebürgermeister Emmerling hat in seinen einleitenden
Worten darauf hingewiesen, dass sich die Funktionen der städti-
schen Unternehmungen wesentlich verändert haben, es muss unter-
strichen werden, dass diese Unternehmungen nicht mehr dazu die-
nen um 14 Millionen Goldkronen zur Deckung der übrigen Ausgaben
herbeizuschaffen. Eine schwere geistige Krise beklagten die Unter-
nehmer als sie allenthalben auf den Mangel an Arbeitsfreude hinwie-
sen. In unseren städtischen Unternehmungen fügte sich jedes ein-
zelne Glied freudig und mit vollen Bewusstsein dem grossen ein-
heitlichen Willen vom Direktor bis zum letzten Hilfsarbeiter.
Es wurde hier über den Terror Klage geführt. Eine geistige Uni-
formierung ist von niemand verlangt worden. Wir freuen uns bei den
städtischen Unternehmungen den ^{schö-} Beweis dafür zu sehen,
dass eine soziale Verwaltung nicht bloss möglich, sondern eine
Notwendigkeit ist und bleibt. Es wurde auch behauptet, dass die
Arbeitsfreude in den städtischen Unternehmungen nicht so gross
sein kann wenn man mit einem Streik der Elektrizitätswerkleute
zu tun hat. Vor wenigen Tagen ^{haben wir} eine Denkschrift ^{gelesen}
die die Unternehmer-Organisationen an die Regierung gerichtet
haben und in der sie gegen das Streikrecht der öffentlichen Ange-
stellten Stellung nehmen. Es kommt darin die Unwahrheit vor,
dass die Arbeiter der Elektrizitätswerke im September
drei Tage lang das Licht ausgeschaltet haben (Hört! hört!).
Wir weisen mit Stolz auf diese Betätigung der Solidarität der
Arbeiter der Elektrizitätswerke mit der gesamten Metallarbeiter-
schaft Oesterreichs mit grösstem Stolz hin und auch darauf, dass
sie die Möglichkeit haben ihre Anschauung kund zu tun (Stürmischer
Beifall). An ihrer Freiheit und an dieser Möglichkeit werden
wir unter keinen Umständen rütteln lassen (Sehr richtig). Die
Minderheit und ihre Gesinnungsgenossen ausserhalb des Saales mö-
gen daraus lernen, dass in dem Augenblick, da man es versucht
auch nur einen Teil der sozialen Rechte anzutasten, die gesamte
Arbeiterschaft, auch die des Elektrizitätswerkes, sich mit aller
Kraft dagegen wenden wird (Stürmischer Beifall). Es wurde auch
behauptet, dass die städtischen Unternehmungen unser Wirtschafts-
leben gar nicht oder nur zum geringen Teile befrachten. Das ist
eine Kleinbürgerliche Anschauung. Die städtischen Unternehmungen
leisten für das Wirtschaftsleben ganz enorm viel. Die vielen Milli-
arden Gehälter und Löhne bedeuten eine Stärkung der Kaufkraft
der arbeitenden Menschen in Wien daher eine Belebung des inneren
Wirtschaftsmarktes, also eine Linderung der schweren Krise in der
wir uns befinden. Und die 400 Milliarden die für die Institutionen
in den Voranschlag eingesetzt sind ^{schaffen} einerganzen Reihe von
Unternehmungen die Möglichkeit fortzubestehen. Die Industrie der

Zähler und Gasmesser zum Beispiel arbeitet doch nur im Auftrage
der Gemeinde und es ist bezeichnend, dass in dieser Branche keinen
Arbeitslosen Metallarbeiter gibt, während wir 14.000 arbeitslose
Metallarbeiter haben. Im Dienste der städtischen Unternehmungen
stehen 21.049 Arbeiter. Wir dürfen also mit Recht darauf hin-
weisen, dass 21.049 Arbeiter geregelte und gesicherte Lebensbe-
dingungen haben. Die städtischen Unternehmungen sind ein Musterbe-
trieb auch in organisatorischer Hinsicht. Die Gemeindeverwaltung
kann nicht auf den Spass, den man ihr suggerieren will eingehen,
dass sie einseitig eine Aenderung des Kollektivvertrages durch-
führt die eine Zerstörung der geschlossenen einheitlichen
gewerkschaftlichen Organisation im Rahmen der städtischen Unter-
nehmungen wäre. Wir würden uns mit aller Schärfe gegen einen
Versuch die geschlossene Organisation im Betrieb irgend wie zu
stören auflehnen. (Stürmischer Beifall).

G.R. Holaubek (chr-soz-) Es ^{lebe} der Terror (Lebhafte
Unruhe).
G.R. Stein: Was Sie einen Terror darin erblicken, wenn
ein ausgebildeter Schutz der arbeitenden Menschen
versucht wird, das ist bezeichnend für Ihre Anschauung (Lebhafte
Beifall, Unruhe und Zurufe von der Minderheit). Aus allen diesen
Gründen, wegen der so grossen Leistung in der Zeit der schweren
Krise, weil die städtischen Unternehmungen eine solche Sicherheit
ihres Bestandes erreicht haben, weil sie das gesamte Wirt-
schaftsleben der Stadt auf das Günstigste beeinflusst, werden wir
mit Freuden für den Voranschlag stimmen (Stürmischer Beifall).

G.R. Kiesa (chr-soz.): Es ist wiederholt in Simmering darüber ge-
klagt worden, dass der 71 Wagen, vor allem in den Nachmittagsstunden stark
überfüllt ist. Mit diesem Wagen ist es überhaupt schlecht bestellt. Die
erste Kalamität beginnt schon bei der Kaiser Ebersdorferstrasse und die
zweite in der Hauffgasse. Die dritte Kalamität entsteht mit dem F-Wagen,
da oft drei Züge hintereinander stehen und wenn der 71-Wagen ankommt,
müssen die Fahrgäste zwischen diesen Wagen hindurchgehen, um zum F-Wagen
zu kommen. Obwohl die Bezirksvertretung wiederholt Abhilfe verlangt hat,
ist bis heute nichts geschehen.

G.R. Panosch (chr-soz.) befasst sich mit der Leichen-
bestattungsunternehmung und wundert sich, dass die Zahl der An-
gestellten nur um 7 abgenommen hat, während eine Abnahme
der Leichen um 25 Prozent zu verzeichnen ist. Redner befasst sich
dann mit der Steinmetzwerkstätte und wünscht, dass die Grabsteine
so wie früher an die Gewerbetreibenden verkauft werden. Redner
schliesst mit der Erklärung, dass seine Partei gegen dieses Bud-
getkapitel stimmen werde.

G.R. Stöger (chr-soz-) richtet verschiedene sachlichen
Anfragen an den amtsführenden Stadtrat.

G.R. Erban (chr-soz.) erklärt, dass die Führung der
Leichenbestattungsunternehmung unkaufmännisch sei und beschwert
sich über die Errichtung einer Sargtischlerei der Gemeinde, die
Gewerbetreibenden Arbeit wegnehme. Redner wünscht, dass die in
den Bezirken existierenden Leichenkammern wieder eröffnet werden,
was den grossen Betrieb auf dem Zentralfriedhof erleichtern würde
und beschwert sich über das Vorgehen der Gemeinde gegenüber den
Personen die sich bei der Gemeinde für ein Begräbnis versichert
haben.

G.R. Untermüller (chr-soz-) polemisiert zunächst gegen
Gemeinderat Stein und bespricht dann die Ueberfüllung auf den
Strassenbahnen sowie den Zustand der Wartehallen und der Wagen-
reinigung der Strassenbahnen.

G.R. Ullreich (chr. soz.) bringt gleichfalls eine Reihe von Strassenbahnwünschen und Beschwerden vor. Die Beleuchtung in den Strassenbahnwagen sei mangelhaft, weil die Lampen in zu grossen Zwischenräumen erneuert werden. In den Abendstunden werde das Licht zu spät eingeschaltet. Die Instandhaltung der Beiwagen lasse viel zu wünschen übrig, infolgedessen schleudern die Wagen derart stark, dass man im Innern nicht stehen kann. Redner reklamiert einen am 1. September 1923 eingebrachten Antrag auf Verlängerung der Linie 18 vom Ostbahnhof zur Geiselbergstrasse und verlangt namens der Ottakringer Bevölkerung die Weiterführung der J-Linie durch das Liebhartstal.

G.R. Waldsam (chr.-soz.) protestiert gegen die Behauptung Steins, dass die Opposition nur Nörgeleien vortrage. Bezüglich des Streikrechtes der öffentlichen Angestellten seien auch die Sozialdemokraten unterschiedlicher Ansicht. Der öffentliche Angestellte habe nicht das gleiche Recht, seine Angelegenheiten wie der Arbeiter auszutragen, es stehen ihm ganz andere Mittel als dem Arbeiter zur Verfügung und er müsse nicht letztenendes zum Streik greifen. Bei der Besprechung des Metallarbeiterstreikes habe Gemeinderat Stein unrichtige Behauptungen vorgebracht. Es sei nicht war, dass es sich den Sozialdemokraten nur um die Einheit der Gewerkschaftsorganisation handle, ihnen sei es vielmehr darum zu tun, Anhänger für ihre Partei zu gewinnen, aus Gewerkschaftlern, Sozialdemokraten und Freidenker zu machen. Man könne den Christlichsozialen nicht nachweisen, dass sie bei irgend einem Streik jemals ihren Arbeitsgenossen in den Rücken gefallen wären. In der Gewerkschaftsbewegung gäbe es verschiedene politische Schichtungen und diese Zersplitterung könne unter bestimmten Voraussetzungen in einem Lohnkampf nur nützlich wirken.

G.R. Haider (chr.-soz.) führt aus, dass die Gemeindeverwaltung falsch budgetiere, sie wolle absichtliche zu hohen Auslagen gelangen um der Bevölkerung sagen zu können, dass die Unternehmungen mit einem Defizit abschliessen und infolgedessen ausser Stande seien, die Tarife zu ermässigen. Redner bringt zahlreiche Beschwerden vor, die die Personalfragen betreffen und appelliert an die Mehrheit, dem nichtsozialistischen Personal eine Tol erantere Behandlung angedeihen zu lassen.

G.R. Stein (soz. dem.) bezeichnet den Gedankengang des Gemeinderates Waldsam über die Entwicklung und die Ziele der Gewerkschaftsbewegung als irrig insbesondere sei es ein gefährliches Beginnen, die Zersplitterung innerhalb der Gewerkschaften als nützlich hinzustellen (Rufe bei der Opposition: Das hat er gar nicht gesagt). Die feste Geschlossenheit der Arbeiterschaft sei unerlässlich und die Arbeiter werden jeden Schädling, der gegen die Einheit der Organisation vorgeht mit allen Mitteln bekämpfen.

G.R. Kunschak (chr. soz.) betont, es sei unrichtig, dass Gemeinderat Waldsam die These aufgestellt hätte als wäre die Zersplitterung der Arbeiter nicht schädlich sondern nützlich. Gemeinderat Waldsam habe vielmehr behauptet, dass die Zersplitterung unter bestimmten Umständen und Voraussetzungen auch von Nutzen sein könne. Diese Auffassung werde von den Christlichsozialen immer vertreten. Die Uniforme Gemeindamkeit in wirtschaftlichen Angelegenheiten sei begrenzt und die Einheitlichkeit werde dann durchbrochen, sobald politische nationale und religiöse Fragen hineingezogen werden. Die Sozialdemokratie habe die organische Gewerkschaftsbewegung selbst dadurch unmöglich gemacht, dass sie anders Gesinnte mit Gewalt von

sich gestossen habe. Deswegen seien die Christlichsozialen gezwungen gewesen sich selbstständig zu organisieren, nicht weil sie gegen die Arbeiter Stellung nehmen wollen, sondern weil sie sich ihre politische Freiheit, ihre religiöse Ueberzeugung und ihre Freiheit als Bürger dieser Republik unangetastet erhalten wollen.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) erinnert dass die städtischen Betriebe von den Christlichsozialen unter schwierigen Verhältnissen geschaffen wurden.

G.R. Stein: Ihr habt doch die Gaswerke verkaufen wollen.

G.R. Zimmerl: Die Christlichsozialen haben die Direktoren der städtischen Unternehmungen die vom Gemeinderat Stein so gerühmt wurden entdeckt und ihnen die Leitung der Werke übertragen. Die städtischen Unternehmungen befinden sich in einem grossen Vorteil gegenüber anderen Unternehmern. Sie sind Monopolbetriebe und haben nicht gegen die Absatzkrise anzukämpfen und die Sorge der Geldbeschaffung nimmt ihnen der Stadtrat Breitner restlos ab.

G.R. Stein: Das ist sehr daneben geredet.

G.R. Zimmerl will nun eine einzige Post aus dem ganzen Komplex der Ziffern hervorheben und erwähnt: Effekten 20 Milliarden Gewinn- und Verlustkonto, Abschreibung von Effekten 26 Milliarden. Redner sieht darin eine falsche Bilanzierung und meint, dass sich wenn man alle anderen Posten durchgehen würde, gleichfalls bedeutende Fehler ergeben würden. Deshalb lehnen die Christlichsozialen das Budget ab.

Vz.B. Emmerling erwidert in seinem Schlussworte den Vorednern. Den Gemeinderat Rotter erinnert er daran, dass seinerzeit der ganze Gemeinderat einstimmig dem Projekt der Kraftwerke Opponitz seine Zustimmung gegeben habe.

G.R. Rotter: Gegen die Aufmachung habe ich mich gewendet nicht gegen das Werk.

Vz.B. Emmerling führt weiter aus, dass unter der christlichsozialen Verwaltung der Arbeiter in der Früh allerdings um 12 Heller gefahren sei, abends aber schon 20 Heller zahlen musste was zusammen 4 Kronen 60 Heller in der Woche und im heutigen Gelde 28.664 Kronen ausmache. Heute kostet die Wochenkarte des Arbeiters 13.500 Kronen, also die Hälfte dessen, was der Arbeiter seinerzeit ausgeben musste.

Man müsse um die Beschäftigung der Lagerhäuser richtig zu beurteilen einen Vergleich zwischen 1913 und 1923 anstellen. Ferner mache die tschechische Regierung ausserordentliche Anstrengungen um den Pressburgerhafen zu heben, während wir von einer Vorzugsbehandlung die der Bund den Lagerhäusern der Stadt Wien angedeihen liesse nichts sehen. Dem Antrage auf Herabsetzung der Preise für die Hausbeleuchtung könne Redner nicht zustimmen, denn diese Herabsetzung käme nicht blos beim elektrischen Licht in Betracht und diese Beträge die einige Milliarden ausmachen, müssten ja die Konsumenten auf der anderen Seite übertragen. Gemeinderat Erban scheine es zu bedauern, dass die Gemeinde wo immer sie könne, Ausgleich den Prozessen vorziehe und so auch hinsichtlich der für ein Leichenbegängnis Versicherten vorgehe. Dadurch verlieren freilich die von den Christlichsozialen gebildeten Vereine solcher Versicherten die bestimmt waren der Gemeinde Prozesse anzustrengen ihre Existenzberechtigung.

Wegen der veralteten Beiwagen sei zu bemerken, dass leider 700 Beiwagen aus dem vorigen Jahrhundert stammen, manche schon an die 50 Jahre alt sind, man könne sie trotzdem nicht aus dem Verkehr ziehen, weil bei dem ungeheuren Betriebe jeder Wagen fehle. Der verlangte Ausbau der Linie vom Ostbahnhof zum Arsenal in die Geiselsberggasse würde 4.5 Milliarden kosten, sei also sehr zu überlegen. Gegenüber den Bemerkungen des Gemeinderates Haider und Zimmerl wäre daran wieder zu erinnern, dass die Christlichsozialen im Jahre 1919 nahe daran waren die städtischen Unternehmungen an das Privatkapital abzugeben, es war schon ein diesbezüglicher Antrag gestellt. Es sei auch unrichtig, dass die städtischen Betriebe eine Monopolstelle einnehmen, sie unterliegen der Konkurrenz wie beispielsweise die Kokserzeugung beim Gaswerk und die Produkte aus dem Brauhaus, auch das Lagerhaus und die Leichenbestattung haben zu konkurrieren. Wir nützen also durchaus nicht die vermeintliche Monopolstelle aus. Wenn über die Reserven Aufklärung gewünscht wird, so ist zu erwiedern, dass jeder vorsichtige Kaufmann zur Anlage von Reserven verpflichtet ist, wir haben das nicht getan, um den Ueberschuss zu verschleiern, man braucht sich nur die einzelnen Beträge auf die Fahrkarte umzurechnen und wird dazu kommen, dass sie nicht einmal 40 Kronen per Fahrkarte ausmachen. Wir haben seinerzeit den Mut aufgebracht zu sagen, dass man zu Tarifierhöhungen schreiten müsse um Ordnung im Betriebe zu sichern. Hätten wir den Ratschlägen der Christlichsozialen nachgegeben und Anleihen aufgenommen, dann wären wir viele Milliarden an das Ausland schuldig und die Unternehmungen müssten diese Schuldenlast fortschleppen.

Es wird nun abgestimmt. Die Ansätze der Verwaltungsgruppen für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und für die städtischen Unternehmungen werden mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. Die Anträge der Gemeinderäte Stöger wegen Veröffentlichung der Wählerzahlen im Amtsblatt und Binder wegen Veröffentlichung der Namen der Personen, die in den Heimatsverband aufgenommen werden, werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Ebenso auch der Antrag des Gemeinderates Scholz wegen Ermässigung des Preises für den elektrischen Strom zur Stiegenbeleuchtung. Angenommen werden ferner die Rechnungsschlüsse für das Jahr 1923

Schliesslich werden auch die Rechnungsschlüsse der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1923 angenommen.

Stadtrat Breitner spricht nun zu Bilanz und Bedeckung: Wir sind nach viertägiger durchaus sachlicher Beratung beim Schlusskapitel, der Bilanz und Bedeckung angelangt. Es ist dies sonst gerade jener Teil des Voranschlags, der zu den heftigsten Erörterungen Anlass zu geben pflegt. Diesmal liegt kein Anlass dazu vor. Neue Abgaben oder Abgabenerhöhungen werden nicht beantragt. Der gesamte Gebarungsausgang, der sich einschliesslich der beschlossenen Erhöhung der einmaligen Aushilfen um zehn Milliarden Kronen, auf 993.5 Milliarden Kronen, stellt, soll durch Heranziehung der Kassabestände, beziehungsweise Inanspruchnahme von Bankkrediten durch die städtischen Unternehmungen gedeckt werden. Es wurde von dem Kollegen Zimmerl festgestellt, dass die Verweisung der Unternehmungen auf die Form der Bankkredite aus Steuergründen erfolge und in Wirklichkeit doch das Vorhandensein von Guthaben der Gemeinde zur Voraussetzung habe. Das ist durchaus richtig. Wir haben daraus gar kein Hehl gemacht und sind sogar so weit gegangen, das Finanzministerium von dieser Art der Durchführung zu verständigen. Eine grössere Loyalität kann man von keinem Steuerträger verlangen, von dem man auch, wie dies eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs ausdrücklich besagt, nicht fordern darf, dass er gerade jene Formen der Geschäftsführung wähle, die für ihn die grösste Steuerpflichtung zur Folge hat. All dies wurde im Finanz-

ausschuss ausdrücklich gesagt. Es ist im übrigen durchaus schlüssig, wenn der Herr Kollege Zimmerl daraus ableitet, dass wir mit dem Vorhandensein eines der Gesamthöhe des Gebarungsausganges entsprechenden Kassabestandes für den Jahresschluss rechnen. Dazu kann ich nur erklären, dass wir uns nach vollen Kräften bemühen werden, die im Voranschlag verzeichneten Investitionen durchzuführen, zu deren Bedeckung diese Kassabestände bestimmt sind. Ich kann bei diesem Anlass mitteilen, dass der Herr Bürgermeister bereits verfügt hat, dass alle Aemter und städtischen Unternehmungen sofort nach Genehmigung des Voranschlags alle jene Bestellungen, die nicht zwingend an die mildere Jahreszeit geknüpft sind, hinausgeben. Es werden Milliardenaufträge für Monturen, Küchengeräte, Instrumente, Büromöbel, Maschinen aller Art der Industrie und dem Gewerbe zufließen und zur Ueberwindung dieser Krise beitragen. Erfreulicherweise erlaubt es die Witterung, dass unsere Bauten fortgeführt werden können. Dies wird solange und unter Umständen auch mit Unterbrechung geschehen, als nicht die Temperatur unter minus vier Grad Celsius sinkt. Gegenwärtig sind noch auf fünfzig Baustellen ungefähr 6000 bis 7000 Bauarbeiter beschäftigt. Wir haben uns in den Zeiten der Scheinkonjunktur nicht täuschen lassen, uns keinem rosenroten Optimismus hingeeben, die Phantasiakurse der Börse nicht als Symptome der Gesundheit gewertet, sondern sind ruhig und nüchtern unseren Weg gegangen. Das gibt uns aber auch die Berechtigung, einem übertriebenen Pessimismus entgegenzutreten, uns dagegen zu wehren, dass die an sich gewiss nicht erfreulichen Verhältnisse systematisch noch düsterer gefärbt werden. Damit wird den Interessen Wien nicht gedient. Dieser Voranschlag mit seinen gewaltigen Investitionen und die gerade in diesen Tagen erfolgte Vervollendung des Opponitzer Wasserkraftwerkes beweist, dass die Gemeindeverwaltung sich ihrer Pflichten voll bewusst ist und ihren Teil zur Wiederaufrichtung der durch den Krieg so schwer zerrütteten Wirtschaft beiträgt.

Diesen Schlussätzen will ich nur noch Worte des Dankes an die überaus pflichtgetreue Beamtenschaft hinzufügen, die auch heuer, wie in den vorhergegangenen Jahren hingebungsvoll im Interesse der Stadt gearbeitet hat. Ich nenne insbesondere den Herrn Buchhaltungsdirektor Knobloch und seinen Vertreter Direktionsrat Hinterberger und den Herrn Kontrollamtsdirektor Müllner, unter deren ausgezeichneten Führung dieser Voranschlag in tadelloser Weise zusammengestellt wurde. Ich bitte um Genehmigung von Bilanz und Bedeckung. (Starker Beifall)

G.R. Zimmerl (chr.-soz.) schliesst sich dem Danke des amtsführenden Stadtrates seitens seiner Partei an. Redner ist überzeugt, dass die Eingänge sich günstiger gestalten werden als im Voranschlag angegeben sei und, dass so wie in den vergangenen Jahren wieder belangreiche Posten des Budgets in das Jahr 1925 hinübergeschoben werden, sodass Stadtrat Breitner schliesslich wieder über dieselben Kassabestände verfügen werde wie jetzt. Da er die Richtigkeit der Ziffern bestreite, so werde er auch gegen diesen Punkt stimmen. Im übrigen müde er sagen, dass die besten und grössten Folgen der Stabilisierung der Währung die das Werk des Bundeskanzlers Dr. Seipel sei, die Gemeinde Wien ist. Seine Ueberschüsse verdankt Breitner Seipel.

G.R. Rudolf Müller: Warum ist das beim Bund nicht möglich?

G.R. Zimmerl hofft, dass man sich im Rathause zu anderen Erleichterungen verstehen werde als es diejenigen sind, auf die Stadtrat Breitner verwiesen habe und dass Breitner das seinige der Bevölkerung zu verhalfen tun werde, um die Krise erfolgreich zu überwinden. (Beifall)

Bei der Abstimmung wird die Bedeckung mit der angenommenen Erhöhung um 10 Milliarden angenommen.

Bürgermeister Seitz: Mit dieser Abstimmung sind wir am Ende unserer Budgetberatungen angelangt. Wir haben in sehr langen Sitzungen eine ^{grosse} Arbeit geleistet. Die Budgetarbeit ist ja überhaupt eine der schwierigsten. Wenn man auf die ersten Vorarbeiten zurück blickt, in die einzelnen Abteilungen, wo die ersten Ansätze ausgearbeitet werden und dann die Arbeit verfolgt über die Abteilungen des Magistrates hinweg, die Perilustrierung, die Beratungen des Finanzausschusses bis zu denen des Hauses, so kann man wohl sagen, dass das Budget von seiner ersten bis zur letzten Post sowohl von der Opposition wie von der Mehrheit gründlich durchgeprüft wurde. Es obliegt mir, allen jenen die an dieser ungeheuren Arbeit mitgewirkt haben den Dank der Gemeinde und meinen persönlichen Dank auszusprechen, vor allem dem amtsführenden Stadtrat Breitner (Stürmischer Beifall) sowie dem übrigen amtsführenden Stadträten (Lebhafter Beifall), dann aber auch den Mitgliedern des Gemeinderates insbesondere den Herrn, die so freundlich waren mich im Vorsitz zu vertreten aber auch den Mitgliedern des Finanzausschusses und des Stadtsenates. Wenn ich ^{sowohl} bei den gewählten Funktionären wie bei den Beamten annehme das jeder selbstverständlich seine Pflicht erfüllt, so kann ich doch nicht umhin, als Chef des Magistrates festzustellen, dass die Beamten, die mit dieser Arbeit beschäftigt waren, in seltener Hingabe mehr als ihre Pflicht getan haben; dass sie dabei ihre ausserordentliche Sachkenntnis in selbstloser Weise in den Dienst der Gemeinde gestellt haben (Lebhafter Beifall). Ich danke ihnen, dem ^{vor allem} Magistratsdirektor Dr. Hartl (Lebhafter Beifall), dem Obermagistratsrat Dr. Nau ^{mayer}, dem Rechnungs-direktor Knoblach und dem Direktor des Kontrollamtes Müller, ^{es} obliegt mir auch der Rathauskorrespondenz, die in schwerer Arbeit die Berichterstattung durchgeführt hat, der Presse ohne Unterschied der Partei, dem Stenographenbüro, das eine aussergewöhnlich schwere Arbeit zu leisten hatte und den ^{Beamten} de a Präsidialbüros meinen Dank auszusprechen. Hoffen wir, dass es uns ^{gelingt} Ansätze, wie wir sie beschlossen haben, sowohl auf der Ausgabenseite wie auf der Einnahmenseite so zu halten wie sie gedacht sind und dadurch dem Haushalt der Gemeinde Ordnung zu bewahren (Lebhafter Beifall).

Demit ist die Beratung des Budget beendet und es wird die übrige Tagesordnung erledigt.

E. R. Jenschik referiert über die Verfügung des Bürgermeisters die Bauschäden an der Realschule in der Waltersgasse sofort zu beheben.

G. R. Stöger erklärt unter Protest feststellen zu müssen, dass die Mehrheit/ und der Bürgermeister den Verfall der Schule dazu benützen wolle um in ganz ungebührlicher Weise auf den Bund einen Druck auszuüben. Wenn dieser Zustand weiter bestehen bleibe, werde sich die Mehrheit davon überzeugen können, dass die Wiener Bevölkerung mit der Opposition eines Sinnes sei.

Vorsitzender Bürgermeister Seitz: Der Vorredner hat auch den Bürgermeister in die Debatte gezogen. Es mutet sonderbar an, dass ein Vertreter Wiens noch heute nach der ganzen Entwicklung die Rechtsauffassung hat, es wäre Pflicht der Gemeinde die vom Bund betriebenen Anstalten zu erhalten. Darauf kann sich die Gemeinde bei Gefahr ^{einer} ganz ungeheuren Belastung unter keinen Umständen einlassen. Wenn ich Vorkehrungen bei dieser

Umschäden einlassen. Wenn ich Vorkehrungen bei dieser
 der Schule in der Waltersgasse getroffen habe, so tat ich das
 als Bürgermeister, dem auch die Handhabung der Baupolizei obliegt.
 Ich habe das nur in dem Sinne getan, wie ich es bei jedem anderen
 Gebäude vorkehre, wenn der betreffende Eigentümer seine
 Pflicht vernachlässigt und dadurch Bewohner der Gemeinde Wien
 in ihrer Sicherheit bedroht sind. Nur von diesem rein baupolizei-
 lichen Standpunkt aus habe ich Verfügungen getroffen, die die
 Gemeinde Wien allardings mit 60 Millionen belasten, weil
 der Bund in dieser Hinsicht seine Pflicht nicht erfüllt. Ich sage es
 aber hier mit allem Nachdruck, dass ich den Rechtsstandpunkt der Gemeinde
 nicht aufgeben werde.
 Wenn der Bund im Gebiet der Gemeinde Wien Anstalten führt, muss er sie
 auch ordentlich in Stand halten. (Beifall)

Es wird dann die Vorlage angenommen.

G. R. Litsch (soz-dem-) berichtet über den Ankauf eines Hauses im XV. Bezirk Witzelsbergstrasse 25 durch die Gemeinde Wien. Das Haus welches im Jahre 1915 erbaut wurde, ist drei Stock hoch und gehört dem Verein Bereitschaft, der die Absicht hat auf dem Lande ein Erholungsheim für Kinder zu errichten. Um die Mittel hierfür zu gewinnen, musste der Verein sein Haus in Wien verkaufen. Das Bauamt hat den Gemeinderat geraten, dieses Haus anzukaufen, es lassen sich darin aus dem bisherigen Vereinsheim der Bereitschaft drei Wohnräume gewinnen.

G. R. Kunschak (chr. soz.) findet die Behandlung, die dieser Gegenstand hier erfährt geradezu ungeheuerlich. Das Bauamt hat den Schätzungspreis für dieses Objekt mit 165 Millionen angenommen und nun werde der Antrag gestellt, dafür 220 Millionen, also um 55 Millionen mehr zu bezahlen, dagegen wurde schon im Finanzausschuss und Stadtsenat vom Redner Einspruch erhoben, es wurde ihm darauf erwiedert, dass der Aufwand für die Adaptierung der frei werdenden Parterräume sehr gering sei. Dieses Argument sei unverständlich. Im Vertrage sei auch keine Bestimmung vorgesehen, wonach der Verein sich zur Freimachung der Räume wirklich verpflichtet. Man wolle also ein Rechtsgeschäft abschliessen, dem jede Rechtsbasis fehlt. Nachdem es sich hier nicht nur um einen materiell anfechtbaren, sondern auch in den Bestimmungen unzulänglichen Vertrag handelt, beantrage Redner die Rückverweisung an den Stadtsenat. Wenn Sie sich dem widersetzen, dann muss ich zur Überzeugung kommen, dass es sich hier um einen Freundschaftsdienst für einen parteipolitisch bekannten Verein handelt.

Der Referent spricht sich gegen die Rückverweisung aus, die den auch von der Mehrheit abgelehnt wird.

G. R. Kunschak; Also das Parteigeschäft ist gemacht

G. R. Litsch bemerkt in seinem Schlusswort, aus den Verkaufsverhandlungen sei ersichtlich, dass die Gemeinde den Verein ziemlich gedrückt habe. Dieser Verein sei bürgerlich und stehe den Sozialdemokraten durchaus nicht nahe. Die Gemeinde gewinne in dem Hause Wohnungen, deren Neuherstellung um 150 Millionen teurer wäre. Allerdings ist im Vertrage die Räumung nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber bei Hausankäufen durch die Gemeinde ist es immer die Übung, dass bei Übergabe des Objektes auch die betreffenden Räume der Gemeinde anheim fallen.

St. R. Richter referiert über die Erhöhung der Feuerwachgebühren für Theater Konzerte und

Ähnliche Veranstaltungen. Zum letzten Male seien die Gebühren im Mai 1923 reguliert worden seit dieser Zeit sind naturgemäss der Bezüge eingetreten.

G.R. Doppler bestreitet die Notwendigkeit dieser Erhöhung und findet, dass dies eine neue Belastung der Vergnügungsindustrie sei. Redner behauptet ferner, dass in die Theater Feuerwehrleute geschickt werden, die noch nicht die vollständige Ausbildung genossen haben und verlangt dringend eine Behebung dieses gefährlichen Uebelstandes.

St. R. Richter erwidert, dass die Bezüge aller Angestellten der Gemeinde um 70 bis 85 Prozent gestiegen seien, während die Erhöhung der Feuerwachgebühren nur 48 bis 55 Prozent betrage. Da die Gebühren für die Theater 40.000 Kronen betragen und 3 Mann in jedes Theater entsendet werden so macht dies 120.000 Kronen aus, den Preis eines Sitzes bei den heutigen Verhältnissen. Das könne unmöglich eine Rolle spielen. Redner versichert sich bei jeder Feuerwache ein Löschmeister und Feuerwehrleute I. und II. Klasse befinden, so dass jede Besorgnis unbegründet sei (Beifall). Die Anträge des Referenten werden hierauf angenommen.

G.R. Schütz referiert über die Verlegung des Mathisplatzes da die Gemeinde in der Hütteldorferstrasse einen Wohnhausbau zu errichten plane.

G.R. Huber (chr-soz.) erinnert daran, dass auf diesem Platze der Bau einer Schule projektiert war und spricht sich gegen eine Verschmälerung der Hütteldorferstrasse um 5 Meter durch den Wohnhausbau aus. Die Anträge werden hierauf angenommen.

St. R. Siegel berichtet hierauf über mehrere Bauangelegenheiten, Errichtung eines Wohnhauses im X-Bezirk von der Müllgasse mit 11.5 Milliarden Kosten, dann über Strassenherstellungen beim Gebäude der Nationalbank in der Alserstrasse mit 500 Millionen Kosten und schliesslich über das Projekt betreffend die Verschmälerung des Hietzingerkais in der Strecke von der Hietzingerschlossbrücke bis zur Tommayergasse um 4.5 Meter zum Zwecke der Verbreiterung des Stadtbahneinschnittes aus Anlass der Einführung des elektrischen Betriebes auf der Stadtbahn.

Zu dem letzten Referat spricht Gemeinderat Kunschak, er verwahrt sich dagegen, dass amtsführender Stadtrat Vizebürgermeister Emmerling, in dessen Ressort diese Angelegenheit falle es nicht der Mühe wert finde, darüber selbst zu referieren, er schein dem Gemeinderat als Wurstel zu betrachten, mit dem er nach Belieben umspringen könne.

Auch in meritokratischer Beziehung wendet sich Redner dagegen, dass einer der schönsten Strassenzüge Wiens, der Hietzinger Kai, um viereinhalb Meter verschmälert werde, und schliesst mit nochmaligen heftigen Protest gegen die Art, wie der Gemeinderat behandelt wird. (Beifall)

Vizebürgermeister Emmerling antwortet, dass der Vorredner übersehen haben, dass der Akt über den soeben berichtet wurde, in der Sitzung des Gemeinderates vom 20. Dezember 1923 bereits verhandelt worden ist.

G.R. Kunschak: Ohne Projekt?

V. Bgm. Emmerling: Mit Rücksicht auf die Frostzeit hat das Gaswerk sich um die Umlegung seiner Rohre gekümmert und daher sofort mit den Arbeiten begonnen. Es liegt nur die Abänderung eines Projektes vor, mit der alle Körperschaften zu beschäftigen, doch unmöglich sei (Beifall)

G.R. Kunschak stellt gegenüber den Ausführungen seines Vorredners fest, dass in der erwähnten Sitzung nur der Kredit bewilligt worden ist, während das heutige Referat die Durchführung des Projektes selbst betreffe, weshalb mit Recht von einer Verletzung der verfassungsmässigen Rechte des Gemeinderates gesprochen werden kann.

Bürgermeister Seitz von seinem Platz aus sprechend: Wenn Gemeinderat Kunschak das Wort von der Verfassungsmässigkeit in die Debatte wirft, so ist dies eine so ernste Sache, dass man es einer besonderen Prüfung unterziehen muss. Diese Prüfung ergibt um es kurz zu sagen, dass von einer Verletzung der Gemeindeverfassung gar keine Rede sein kann. Es war auch gar nicht notwendig, dem Bürgermeister im Hinblick auf den Paragraph 96 mit der Angelegenheit zu befassen. Ich wurde mit diesem Gegenstand befasst wie ich mit jedem Gegenstand befasst werde, der einigermaßen wichtig ist. Herr Gemeinderat Kunschak meint, es sei in jedem Fall ein Projekt zu entwerfen, dem Gemeinderat vorzulegen, durch jede einzelne Instanz zu führen dann durch den Gemeinderat genehmigen und es schliesslich ausführen zu lassen. Selbst der Gemeinderat Kunschak wird zubilligen, dass eine so strikte Durchführung dieses Grundsatzes einfach zum Unsinn würde.

G.R. Kunschak: Nein!

Bürgermeister Seitz: Wenn man ein Bauprojekt entworfen hat, so kann man natürlich immer nur mit dem Vorbehalt der Genehmigung zu führen, da sich im Laufe des Baues gewisse zweckmässige Aenderungen ergeben. In jedem einzelnen Fall dann wieder diese Vorlage der Behandlung zuzuführen, hiess es einfach die Bestimmung des Gemeindestatuts unwirksam zu machen.

Gemeindestatuts ad absurdum zu führen. Deshalb spreche ich über diesen Gegenstand. Wenn Sie wollen, dass jede dieser einzelnen Bestimmungen formalistisch ausgeführt werden muss und wenn Sie so Ihren Schein präsentieren, dann gefährden Sie das, was wir wirklich demokratische Verwaltung nennt, sehr. Denn dann werden Sie uns veranlassen, diese Bestimmungen dieses Gemeindestatuts einer genauen Prüfung zu unterziehen und sie nach bewährtem Muster umzugestalten (Sehr gut!) Ich möchte bei diesem Anlass auch an das Gesetz erinnern, das Ihnen im Parlament zu beschliessen beliebt hat. Ich lenke die Aufmerksamkeit der geehrten Opposition auf das Gesetz Nummer 843, auf das sogenannte Wiederaufbaugesetz. In diesem Gesetz haben Sie ein Steuergesetz darinnen, das ungefähr zweihundert Druckseiten umfasst und die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme auf das schwerste belastet. Dieses Gesetz haben Sie derat gemacht, dass Sie einen Paragraphen dieses Wiederaufbaugesetzes in nicht ganz einer halben Seite verfasst und alles übrige der Durchführungsverordnung überlassen

23
12

W